

# **Volksaufstand 17. Juni 1953 – ein Webfehler deutscher Geschichte?**

Vortrag vom 16.06.2023

## **1. Der 17 Juni 1953 an sich**

- a. Historischer Kontext der 50er Jahre
- b. der Umgang in den 60er und 70er Jahren
- c. die 80er Jahre und die Abschaffung des Nationalfeiertages

## **2. Das versteckte Signal hinter der Abschaffung und die stetige Reduzierung von Räumen für Freiheit und Demokratie nach 1990**

## **3. Zum Umgang mit anderen freiheits- und demokratiebezogenen Ereignissen**

- a. das Hambacher Fest 2023 in memoriam 1832
- b. Gedenken an die badischen Revolutionen vor 175 Jahren 1848/49
- c. Gedenken an Verfassungen

## **4. Zusammenfassung**

### **1. Der 17. Juni 1953 an sich**

Der Arbeiteraufstand fiel nicht vom Himmel, sein Vorlauf beginnt im Sommer 1952 mit einer regierungsverfügten drastischen Verschärfung des Arbeitssolls mit der Folge der Reduzierung des Lohns – und das bei deutlich niedrigerem Lebensniveau aller Gesellschaftsschichten gegenüber den offenen Westzonen, wo sich bereits in der Fläche die ersten Früchte der revolutionären Erhard'schen Wirtschaftspolitik zeigten – einer der Gründe, weshalb immer mehr Menschen in den Westen abwanderten und die Ostzone ausdünneten. Moskau rügt deshalb die Rigorosität, mit der die SED insgesamt ihren Bürgern zusetzt.

In den sich aufstauenden Unmut fällt im März 1953 der Tod Stalins, der die sowjetkommunistischen Staaten erschütterte. Die öffentlichen Proteste von Arbeitern begannen am 12. Juni in Ost-Berlin; ein Scharmützel mit SED-Funktionären am Ende eines langen Protesttages am 16. Juni löste der Aufruf zu einem Generalstreik den Zündfunken aus, der am 17. Juni in über 700 Städten und Gemeinden etwa eine Million Menschen aus allen Schichten der Gesellschaft auf die Straße brachte: Der vermeintlich themengebundene Arbeiteraufstand mutierte über Nacht zum Volksaufstand; nicht zuletzt bot das zufällig durch den Tod Stalins geöffnete Fenster der Verunsicherung eine veritable Chance einer Wende. Das plötzliche „Aus“ der DDR-Führung rückte in greifbare Nähe, weshalb der Ausnahmezustand aus- und das Besatzungsmilitär gerufen wurde; die Bilder sind bekannt. Trotz dieses Einsatzes endete die Revolte erst am 21. Juni mit der Bilanz von 55 Toten und rund 15.000 Verhaftungen. Die DDR ging gestärkt aus diesem Höllenritt hervor und deutete den Aufstand, zumindest anfangs aus Überzeugung, als einen aus dem Westen gesteuerten faschistischen Putschversuch.

Der niedergeschlagene Volksaufstand in der Sowjetzone wurde in West-Deutschland binnen zwei Wochen zum Nationalfeiertag proklamiert. Die Kriegs- und Nachkriegsgeneration Westdeutschlands wuchs mit dem „Tag der deutschen Einheit“ auf – nicht nur als gesetzlicher Feiertag, sondern auch inhaltlich. Über Jahre wurde der Aufstand zum Dreh- und Angelpunkt demokratischen Selbstverständnisses und Strebens stilisiert, dann im öffentlichen Erinnern verwässert und 1990 durch Kohl endgültig als Identifikationsereignis möglicherweise aller Deutschen ersatzlos gestrichen.

Der 3. Oktober ist nicht mehr als ein politiktechnisches Datum ohne Bezug zum Volk.

## **1. a historischer Kontext der 1950er Jahre**

Die an Juristen (Richter, Staats- und Rechtsanwälte), Großunternehmer und anderen funktionsrelevanten Berufsgruppen wie Ärzten im Grunde gescheiterten Entpreuungs- und Entnazifizierungsverfahren bescherten ab 1949 der jungen Bundesrepublik einen holprigen, da und dort misslungenen Start in die Demokratie<sup>1</sup>. Es waren die Franzosen, die mit dem Begriff „Entpreußung“ deutlich ihre Sicht des Problems bekundeten.

Die im Mai 1949 entstandene Bundesrepublik glänzte von Anfang an und ohne Skrupel mit demokratiefeindlichen Maßnahmen, sobald transatlantische Interessen behelligt wurden.

Kaum fünf Jahre nach Ende des an Menschenopfern und Verwüstungen unsäglich verlustreichen Weltkrieges und kaum ein Jahr nach Staatsgründung wurden anlässlich des US-unterstützten Koreakrieges erste Forderungen nach einem „deutschen Wehrbeitrag“ laut. Ob dieser Ungeheuerlichkeit formierte sich schnell breiter und prominenter Protest gegen diese Re-Militarisierungsabsichten. Diesen Widerstand zu brechen, wurde deshalb Chefsache.

Die verbreitete Sicht, Deutschland hätte sich in den ersten Jahren nach Kriegsende außenpolitisch in einem „Vakuum der Entscheidungsfreiheit“ befunden und sich erst wieder finden müssen, verkennt die von Wilson 1919 deutlich formulierten und bekannten geopolitischen Interessen der USA, die an Arroganz in der Truman-Doktrin von 1947 gipfelten.

Kanzler Adenauer, der „über ein ungewöhnliches polemisches Potential“ verfügte und „die Leichtigkeit, mit der er bewährte Mitarbeiter fallen ließ, wenn politisches Kalkül oder Druck es erforderte“<sup>2</sup>, organisierte gegenüber der Westintegration und der Wiederbewaffnung Andersdenkenden rigorose Gegenmaßnahmen. Sie hatten damals auch ohne die technischen Möglichkeiten schon das Niveau der Kampagnen gegenüber Andersdenkenden

---

<sup>1</sup> Die meisten Bundesländer hatten zwischen 1945 und 1949 ihre Landesverfassungen etabliert, denen das Volk jeweils zustimmen musste, um Gültigkeit zu erlangen. So feiert bspw. Rheinland-Pfalz bis dato jedes Jahr am 18. Mai seinen Verfassungstag. Wie das Grundgesetz der Bundesrepublik 1949 dem Volk ohne dessen Zustimmung übergestülpt wurde, wurde auch 1952 nach Wahlmanipulation die Landesverfassung Baden-Württemberg der Bevölkerung der drei aufgelösten Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern ohne Skrupel übergestülpt – vorbei waren in Deutschland nunmehr bis dato die Zeiten des Mitsprache- und Gestaltungsrechts des Volks an der Verfassung.

<sup>2</sup> Meier, Prof. Dr. Hans, \*1931, u.a. 16 Jahre bayerischer Kulturminister, beide Zitate aus „Die Deutschen und die Freiheit“, dtv 1987

anlässlich der Coronamaßnahmen, nämlich Stigmatisierung, falsche Unterstellungen, Vorwürfe von Äußerungsdelikten, Kontaktschuldkonstrukte etc. und letztlich wurde unterstellt, man sei Kommunist und somit Feind eines freien demokratischen Deutschlands.

Zu den Zielpersonen zählten neben Reinhold Schneider<sup>3</sup>, Joseph Wirth<sup>4</sup> und Martin Niemöller zahlreiche Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Auch im Ausland lebende Nobelpreisträger wie Albert Schweitzer und Albert Einstein waren von dieser Ächtung durch die Bonner Regierung betroffen. Innenminister Gustav Heinemann, der spätere Bundespräsident, verließ ob dieser entwürdigenden Maßnahmen das Kabinett Adenauer.

Ein weiteres Beispiel: Im April 1951 gründete sich aus Anlass der Remilitarisierungsvorhaben in der „Kruppstadt“ Essen der „Hauptausschuss für Volksbefragung“. Er versuchte, mithilfe einer Volksbefragung die Remilitarisierung zu verhindern und stattdessen die Unterzeichnung eines Friedensvertrags zu fördern. Der Verein organisierte eine auf die Wiedervereinigung beider Teilstaaten (Ost- und Westdeutschland) zielende Unterschriftenkampagne. Mit dem im gleichen Jahr neu gefassten Straftatbestand des „Hochverrats“ wurde dieses Unterfangen von westdeutscher Seite strafrechtlich verfolgt und vom Bundesgerichtshof 1954 als „verfassungsfeindlich“ eingestuft – im Widerspruch zu Art. 146 GG, das als Ziel und Ende seines Zwecks die Wiedervereinigung mit einer Verfassung formulierte, „die vom deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“.

## 1. b Umgang in den 60er und 70er Jahren

Der von den USA ausgehende Druck auf die Bundesrepublik, die US-Interessen deutlicher zu vertreten, schürten die Kontroversen innerhalb der Bundesregierung und dem Parlament; der Osten reagierte mit dem Mauerbau 1961. Der Quasi-Sturz Erhards 1963 und die neue us-kompatiblere Wirtschafts- und Gesundheitspolitik ab 1966 läuteten eine neue Ära ein.

Mit dem Regierungswechsel zur SPD und der neuen Ostpolitik ab 1969 und der sich zunehmend entwickelnden außenpolitischen Entspannung galt das öffentliche Gedenken an den 17. Juni als kontraproduktiv, weshalb die Wahrnehmung des Nationalfeiertages nach und nach zu einem „Tag der Verlegenheit“ (mdr) heruntergefahren wurde. Die SPD wollte schließlich den 17. Juni als Nationalfeiertag abschaffen, der einst auf Wehners Antrag hin geschaffen wurde. Doch die CDU unter Kohl verteidigte den Volksaufstand als Nationalfeiertag und verhinderte dessen taktische Abschaffung – ohne ihn allerdings wiederzubeleben.

---

<sup>3</sup> Denken wir an Reinhold Schneider, einem ausgewiesenen Gegner des Naziregimes: Das Kriegsende verhinderte zwar dessen Verurteilung zum Tode, doch Konrad Adenauer sorgte höchst persönlich dafür, dass der hoch angesehene und nach 1945 vielfach geehrte und 1954 mit dem Friedenspreis des deutschen Buchhandels gewürdigte Schriftsteller wegen seines intensiven Widerstandes gegen die Remilitarisierung und Atomwaffen beruflich existenzbedrohend bis zu seinem Lebensende 1958 kaltgestellt wurde.

<sup>4</sup> Der ehemalige Reichskanzler der Weimarer Republik und durch die demokratischen Traditionen seiner badischen Heimat geprägte Josef Wirth schrieb mit dem Rapallo-Vertrag von 1922 Friedensgeschichte. Er wie viele andere wurde über seinen Tod 1956 hinaus verfemt: Die soziale Ächtung durch politische Verleumdungen waren wider besseren Wissens derart nachhaltig, dass die Geburtsstadt Freiburg ein Gedenken zum 100sten Geburtstag Wirths vorsätzlich unterließ.

Bis zu den 68er Jahren, die mit dem Überbegriff „Studentenunruhen“ einen politischen Umbruch bezeichnen, hatten sich die demokratiewidrigen staatlichen Aktivitäten in der BRD derart gehäuft, dass das Bundesverfassungsgericht im Zuge der Notstandsgesetzgebung nicht nur eine rote Linie zog, sondern auch das Grundgesetz um den Artikel 20 (4) erweiterte und dem Bürger erstmals zum Schutz demokratischer Errungenschaften ein Widerstandsrecht gegen den Staat für den Fall einräumte, dass er die Prinzipien des GG unterläuft oder missachtet. Doch diese Norm wurde ab 2020 zum Papiertiger entkernt.

Die Vorgänge um Wyhl in den 70ern (Ministerpräsident Filbinger, CDU, ordnete gar einen Bürgerkrieg an, den ein Polizist mutig und unter Verlust seiner Karriere verhinderte), Anfang der 80er um Pershing-Raketen etc. etc. beschädigten nicht wenig das Bild eines demokratischen, den Menschen verpflichteten Staates.

### **1. c die 80er Jahre und die Abschaffung des geborenen Nationalfeiertages**

Die CDU löste 1982 mit Kohl als Kanzler zwar die SPD als Regierungspartei ab, hielt das Gedenken an den 17. Juni weiterhin auf kleiner Flamme. Über den Aufstand und die Menschen wurde längst nicht mehr reflektiert, nur noch dumpf dem Datum gedacht.

Die querbeet jeweiligen politischen Entscheidungsträger der Bundesrepublik haben diesen Aufstand der Ostdeutschen von Anfang an für ihre eigenen Interessen instrumentalisiert und über dessen Ende hinaus ein zynisches Spiel getrieben, das in einem platten, emotionslosen, immerhin noch als „Gedenktag“ endete.

Ohne Würdigung der sozialen Dimension und des Wesenhaften des Menschseins verfallen wir wahlweise in Fanatismus, in Pessimismus und final in Sinnlosigkeit. Dies gilt heute mehr denn je.

Der Fall der Mauer im November 1989 bescherte den Deutschen in 1990 gleich zwei Nationalfeiertage, nämlich den letzten „Tag der deutschen Einheit“ am 17. Juni und den ersten „Tag der Deutschen Einheit“ am 3. Oktober, seither mit großgeschriebenem „D“ – ein wenige Tage zuvor im September quasi im Alleingang zum Eigennutz gesetzter Schachzug Helmut Kohls.

Man muss nicht auf drei zählen können, um zu verstehen, dass die Abschaffung des Gedenkens an den ostdeutschlandweiten Volksaufstand in Form eines Nationalfeiertages insbesondere ein unsäglicher Schlag ins Gesicht der Ostdeutschen bedeutet. Der Zerstörung der emotionalen Identifikation folgte der Wahn Schäubles, im Hauruckverfahren und erfolgreich alle weiteren Identifikationsbereiche in Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft zu zerstören und den Osten skrupellos für den Westen zu vereinnahmen: Der Osten kam vom Regen in die Traufe und ist mündig genug, mit diesem Geprelltsein nicht hinter dem Berg zu halten.

Das heutige Gedenken des Bundestages zum 70sten Jahrestag des Volksaufstandes spricht für sich. Ich zitiere eine DPA-Meldung: „Dieser Tag, der 17. Juni, fordert uns regelrecht auf, etwas für diese Menschen zu tun, die für Freiheit und Selbstbestimmung in der DDR gekämpft haben und heute aufgrund ihrer gebrochenen Biografien teils in prekären sozialen Verhältnissen leben müssen.“ Das wäre Anfang der 1990er Jahre ein Signal gewesen, doch heute, wo die damals mit 20 Jahren jüngsten Geschädigten 90 Jahre alt

und die damals „Mittelalterlichen“ längst verstorben sind, wirkt diese Forderung nicht nur verlogen, ich empfinde sie als maximale zynische und menschenverachtende Heuchelei.

## **2. Das versteckte Signal hinter der Abschaffung des Nationalfeiertages und die stetige Reduzierung von Räumen für Freiheit und Demokratie nach 1990**

Der 3. Oktober macht im Rückblick auch eine Distanzierung gegen aus dem eigenen Volk erwachsende Freiheits- und Demokratiebestrebungen offenkundig, wenn Regierungsinteressen tangiert sind. Ebenso beredte wie schmerzliche Zeugnisse lieferten die allgemeinen Maßnahmen der Grundrechtsverletzungen und -verweigerungen im Rahmen des Coronageschehens ab 2020 gegenüber Erwachsenen, Schutzbefohlenen in Kliniken und Heimen und Kindern in Kita, Schule und Alltag. Verschärft wurden die Maßnahmen zur Spaltung der Gesellschaft durch entmenschlichende, strafbewehrte 2-G- und 3-G-Regelungen. Mitmacher wurden privilegiert, Kritiker und Gegner als Feinde stigmatisiert und kriminalisiert.

Nicht nur gegen Großdemonstrationen in Berlin, Hamburg, München, Leipzig etc., auch gegen regionale Aktionen einschließlich Spaziergängen unternahm der Staat unzählige, teils gewalttätige Versuche zur Niederschlagung durch länderübergreifende konzertierte Aktionen von Polizei und sog. Altmedien sowie – noch erschreckender – durch willkürliche brutale polizeiliche Gewaltanwendung gegen friedliche Demonstranten jeden Alters, selbst gegenüber erkennbar Schwangeren und Behinderten. Trotzdem gingen und gehen Millionen von Menschen, von den sog. „Qualitätsmedien“ – sofern beachtet kleingeredet und sozial geframt – gegen die staatlichen Maßnahmen auf die Straße.

In der Summe agiert der Staat heute aufgrund technischer und finanzieller Möglichkeiten vielfach menschenverachtender als Anfang der 1950er Jahre unter Adenauer.

Derzeit bietet sich im politischen Deutschland ein ganzer Strauß von Unsäglichkeiten, die bis vor kurzem nicht vorstellbar waren. So schlimm die Aussichten für das nationale Lebensumfeld sind, der Verlust an individueller Lebensqualität wird durch die derzeit politisch gewollte Übertragung aller das nationale Gesundheitswesen betreffenden Bereiche an die WHO eingeleitet. Was bisher Empfehlungen der WHO waren, sind dann für die mitmachenden Staaten verbindliche Beschlüsse, die ggf. mit Polizei und Militär auch gegen den Willen der Menschen durchgesetzt werden müssten. Deutschland setzt als treibende Kraft auf das Schweigen und gefügige Mitmachen der Mehrheit.

Was unsere Altvordenen mit viel Blutvergießen nach und nach an Freiheitsrechten errungen haben, gerade das hohe Gut der Meinungsfreiheit, ist schon zu Teilen verloren. Das, was noch zu retten ist, bedarf mehr denn je des persönlichen Einsatzes gegen diese radikale Entrechtung und Entmündigung. Unsere Mitbürger im Osten sind durch ihre Erfahrungen deutlich wacher und engagierter in ihrem Einsatz um den Erhalt grundlegender Freiheitsrechte und Lebensqualität.

Diese Notwendigkeit ergibt sich auch aus der Analyse der Konrad-Adenauer-Stiftung, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, über ein Jahr hinweg eine Erinnerungskultur für den 17. Juni 1953 zu entwickeln. Im Résumé des 58-minütigen Redebeitrags<sup>5</sup> vom 6. Juni zum

---

<sup>5</sup> Podcast Erststimme #71: Hubertus Knabe

Gedenken an „70 Jahre Volksaufstand“ zeigt der Historiker Dr. Hubertus Knabe bzgl. des Umgangs der Bundesregierung mit Kritikern im Kontext der Coronamaßnahmen Parallelen zur damaligen Vorgehensweise der DDR-Regierung gegen ihre Kritiker auf, die auch unter Adenauer in den 1950ern wie heute im gesetzten Zeitraum wirkungsvoll waren und mahnt zu erhöhter Wachsamkeit.

Die vergangenen drei Jahre haben gezeigt, dass eine breite Mehrheit nichts aus der Geschichte und auch nichts aus den Nürnberger Prozessen gelernt hat: Die Zähigkeit des Erbes der über Generationen anerzogenen Obrigkeitshörigkeit mit allem Unschönen drumherum wurde als Traditionsbelastung für unsere demokratische Entwicklung schlicht unterschätzt.

„Doch Traditionen bleiben resistent. Sie dauern über ihre Zeit hinaus. Und so werden wohl noch Jahre vergehen, bis die Deutschen das lernen, was ihnen in kritischen Zeiten vielleicht geholfen hätte: Ungehorsam zur rechten Zeit.“<sup>6</sup>

### **3. Umgang mit anderen freiheits- und demokratiebezogenen Ereignissen**

#### **3. a Das Hambacher Fest 2023 in memoriam 1832**

Den bisherigen Gipfel der Verweigerung des ehrenden Gedenkens an den fulminanten Widerstand der Deutschen gegen übergriffige Obrigkeiten lieferte Rheinland-Pfalz anlässlich der 191. Wiederkehr des Hambacher Festes, das 1832 mit etwa 30.000 Menschen zum nachwirkungsreichsten aller deutschen Freiheitsbewegungen in die Geschichte einging. Jedes der nachfolgenden Regime in Deutschland, auch das Dritte Reich und die DDR, hat sich des Hambacher Festes in eigener Interpretation bedient.

Das Schloß wird offiziell zwar als „eine lebendige Stätte deutscher und europäischer Demokratiegeschichte“ und Hort „zur lebendigen Debatte“ beworben, doch dieses Jahr hat die Regierung den Besuch des Hambacher Festes im Geiste von 1832 am Pfingstsonntag versucht zu vereiteln. Sie verfügte nach juristischer Niederlage sowohl die Schließung des Schlosses samt Museum, Veranstaltungen, Geschäften, Gastronomie und Schloßpark, nötigte zur Schließung der umliegenden Gastronomie und platzierte zur Abschreckung und Erschwerung des Besuchs durch willkürliche Sperrungen ein Aufgebot von offiziell 900 Polizisten aus unterschiedlichen Bundesländern.

#### **3. b Gedenken an die badischen Revolutionen vor 175 Jahren 1848/49?**

Wie der Volksaufstand 1951 wurden auch die badischen Revolutionen blutig niedergeschlagen. Sie konnten dennoch Wirkung in gewünschter Richtung entfalten und blieben fest im kollektiven Gedächtnis verankert. Vielleicht auch deshalb, weil sie mit Namen und Gesichtern verbunden sind. Um 1865 entstand mit dem Badnerlied, gesetzt auf die Melodie eines vergessenen Sachsenlieds, zwar ein schmissiger „Werbe“träger, jedoch ohne die politische Symbolkraft und -tiefe des Hambacher Festes. Dennoch ging die skanda-

---

<sup>6</sup> Maier, Dr. Hans, (\*1931), Politikwissenschaftler, Staatsminister: „Die Tradition auf dem Prüfstand“ aus „Die Deutschen und die Freiheit“, S. 84, dtv, 1987.

Siehe auch: Busse, Paul: „Verpaßter Ungehorsam zur rechten Zeit, 2023

löse Verhöhnung der Freiheitskämpfer durch Ministerpräsident Erwin Teufel, CDU, wie ein Lauffeuer durchs Land: Ausgerechnet Teufel, ein glühender schwäbischer Verfechter des Lauschangriffs, erdreistete sich zum 150. Gedenken an die Badische Revolution, sich den Heckerhut aufzusetzen und sich als Revolutionär zu geben!

### **3. c Gedenken an die Verfassungen liegt in Baden-Württemberg ganz auf Eis**

Die drei Badischen Verfassungen seit 1818 galten jeweils als die fortschrittlichsten ihrer Zeit und wurden einst gehörig gefeiert; Bad Griesbach gewann gar den Übernamen „badisches Hambach“. Die Verfassungen von 1919 und 1947 waren als einzige deutsche Verfassungen von der freiheitlichen eidgenössischen Bundesverfassung inspiriert. Doch diese Zeiten sind seit 1952 vorbei, als den Badenern ungewollt die einengende baden-württembergische Landesverfassung übergestülpt wurde. Im Gegensatz zu anderen Bundesländern, deren vor 1949 vom Volk angenommenen Verfassungen noch Gültigkeit haben, käme in Baden-Württemberg niemand auf die Idee, dem Verfassungstag zu gedenken, geschweige denn, ihn zu feiern.

Offenheit, wie sie unter Badischen Verfassungen in deutschen Ländern einmalig war, passte nie ins Konzept des von Preußen dominierten Deutschland. Mit den Jahren ist den Badenern der Bezug zu ihrer einst fast berüchtigten Freiheitsliebe fast gänzlich abhandengekommen bzw. mit Einführung des preußischen Schulsystems aberzogen worden. Auf dieser Linie wollte die Landesregierung in 2018 Feierlichkeiten und öffentliches Gedenken zu „200 Jahre Badische Verfassung“ verhindern und verbot gar das Hissen der badischen Fahne, um dann nach breitem Protest für den Moment einen Rückzieher zu machen. In 2022 stand die Feier zum Jubiläum „70 Jahre Baden-Württemberg“ an, ohne Baden an der Ausrichtung zu beteiligen. Kretschmanns Kommentar, es gäbe keine Badener mehr und *„Das Land Baden ist in Baden-Württemberg aufgegangen. Wir achten nicht mehr auf solche Dinge“*<sup>7</sup>, war eine weitere medienwirksame Abfälligkeit und bestätigt, dass nicht jede Zwangsehe eine glückliche ist.

Dort, wo Verfassungen vom Volk bestätigt wurden, werden sie auch in unterschiedlichem Umfang im Gedächtnis gehalten.

### **4. Zusammenfassung**

Der 17. Juni 1953 war seit 70 Jahren und dem letzten Jahrhundert das einzige kollektive Aufbegehren von Deutschen gegen eine aufs Ganze gesehen übergriffige Obrigkeit. Ob man die gewaltigen Aufstände gegen Ende des Ersten Weltkrieges und Anfang der 20er Jahre in den vorliegenden Kontext stellen könnte, vermag ich nicht zu beurteilen. Zumindest für die Zeit danach könnte man den Schluss ziehen, dass die deutschen Regierungen überwiegend das Wohl ihrer Bürger im Blick gehabt hätten. Tatsächlich hat man sich über Jahrzehnte mit jeder neuen Einschränkung und weiterem Bevormunden, das seit Jahrzehnten zunehmend aus Brüssel kommt, arrangiert und – aus welchen Gründen auch immer – den Zeitpunkt für ein wie auch immer geartetes „Nein“ verpasst.

---

<sup>7</sup> „Kretschmann kennt keine Badener mehr“, Stuttgarter Nachrichten, 12.04.2022

Die Verpreußung des liberalen badischen Schul- und Bildungssystems Ende des 19. Jh. zielte auf eine Disziplinierung in Richtung bedingungslosem Gehorsam gegenüber dem Staat. Aus dem sog. Versagen und der Schwäche der Weimarer Republik zog man dann den Schluss, dass Demokratie als Staatsform den Deutschen wesensfremd sei<sup>8</sup>; die Deutschen deshalb ein schwieriges Verhältnis zu Freiheit hätten.

Dass dies heute noch funktioniert, stellte RKI-Präsident Dr. Wieler 2020 unter Beweis. Sein seitens Politik und der Medien ungerügtes Hinterfragungsverbot entsprach fast wörtlich einer Anordnung des Reichsärztesführers Dr. Wagner aus 1935 zum gleichen Thema: „Es ist unzulässig, an den von der Reichsregierung zu verantwortenden Maßnahmen Kritik zu üben oder Agitationen gegen die Vorschriften der Impfgesetzgebung zu entfalten. Deshalb ordne ich an, dass sämtliche Erörterungen der Impffrage in ärztlichen und ähnlichen Fachzeitschriften zu unterbleiben haben.“<sup>9</sup>

Doch solche kritiklose Obrigkeitshörigkeit war nicht immer so. So attestierte Hegel<sup>10</sup> den Deutschen einen ungestümen „Trieb zur Freiheit“.

War der 17. Juni 1953 also ein letztes Aufflackern aus der kalt geglaubten Asche oder ein in die Zukunft weisendes Hoffnungszeichen, wenn der Bogen überspannt wird?

Der Weltenlauf hat eine Eigendynamik, die sich Prognosen entzieht und jederzeit für Überraschungen gut ist.

Das Grundgesetz nimmt den mündigen Bürger dahingehend in die Pflicht, die Errungenschaften von Freiheit und Demokratie wehrhaft zu verteidigen. Das Feuer des gemeinschaftlichen Aufbäumens vom 17. Juni 1953 wurde zwar erstickt, doch haben sich bis dato reichlich Glutnester erhalten. Aus den hoch brisanten politischen Erdrutschbewegungen im Sommer 1989 entstand in Leipzig die Bewegung der Montagsdemonstrationen. Am 7. Oktober 1989, zur Feier des 40. Jahrestages der Gründung der DDR, hebelten die besonders sensibilisierten Bürger Plauens in einer friedlichen Massendemonstration die Staatsmacht aus. Von Plauen aus erfassten über Leipzig Massendemonstrationen dann die Republik und mündeten im Mauerfall.

Mit den unsäglichen staatlichen Übergriffen seit und durch die Coronamaßnahmen ist es wiederum der Osten – der Westen verharrt in weiten Teilen immer noch in einer Art Zuschauerrolle –, der die Fahne der Freiheit hochhält und die Losung verteidigt, die Jakob Grimm<sup>11</sup> als Mitglied der Nationalversammlung 1849 den Grundrechten in der sog. Paulskirchenverfassung voranstellen wollte:

„Das deutsche Volk ist ein Volk von Freien, und deutscher Boden duldet keine Knechtschaft“.

© Paul Busse, Waldseestr. 77, 79117 Freiburg, eMail: pb@paul-busse.de

<sup>8</sup> Bosch, Manfred: \*1947: Als die Freiheit unterging, 1985, Südkurier-Verlag

<sup>9</sup> Deutsches Ärzteblatt, 15.06.1935

<sup>10</sup> Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, 1770-1831, Philosoph

<sup>11</sup> Grimm, Jacob, 1785-1863, Sprach- und Literaturwissenschaftler,